

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 35

Ersteinst. Sonntags.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 DM. Nur Postbezugs.  
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 23. August 1931

Geschäftsstelle: Berlin C2, Neuer Markt 5-12 IV.  
Telefon: Berlin E 2, Kupfergraben 1129.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

47. Jahrgang

## Die sozialistische Internationale zur Wirtschaftskrise.

Gegenwärtig sind auf der Erde rund 20 Millionen Menschen arbeitslos. Das bedeutet, wenn man deren Angehörige mitzählt, daß etwa 60 Millionen Menschen unter dieser ungeheuren Geißel zu leiden haben. Es ist daher naheliegend, daß gleich dem Internationalen Gewerkschaftsbund auch die Sozialistische Arbeiterinternationale, die jetzt in Wien tagte, zu der internationalen Wirtschaftskrise eingehend Stellung nahm und eine Resolution zur Wirtschaftskrise beschloß, in welcher zunächst die Beschlüsse von Brüssel und Zürich in Erinnerung gebracht werden und die dann fortfährt:

### I.

Seit diesen Beschlüssen hat sich die Wirtschaftskrise gewaltig verschärft. Das Mißverhältnis zwischen Produktion und dem Konsum ist gewachsen, die Märkte sind zerrüttet, dem Zusammenbruch der Produktion sind katastrophale Erschütterungen des Kreditwesens gefolgt.

Die kapitalistische Wirtschaft befindet sich heute in der umfassendsten Krise, die sie je erlebt hat. Der Kapitalismus hat die Produktivkräfte in ungeheuerlichem Ausmaß gesteigert und vermag sie nicht zu meistern. Der Kapitalismus hat die Rationalisierung auf die Spitze getrieben, der Welt vermehrten Reichtum verheißen; erhöhte Ausbeutung, unermesslich gesteigerte Arbeitslosigkeit vieler Millionen Menschen, die in Not und Elend leben, sind die Folgen. Der Kapitalismus hat die freie Konkurrenz erheblich eingeschränkt, die Kartelle auf das internationale Gebiet ausgedehnt, Zölle und Verkehrsbeschränkungen zum Schutz der nationalen Märkte maßlos gesteigert; politische Spannungen, Wirtschaftskriege und schwere Störungen des internationalen Verkehrs sind das Ergebnis. Der Kapitalismus hat das Kreditssystem durch die Zusammenarbeit der Notenbanken, durch die Wiederherstellung der Goldwährung, durch die Gründung der Bank für Internationale Zahlungen zu stabilisieren versucht; an die Stelle einer Stabilisierung sind wilde Ausschweifungen der Börsenspekulation, gefolgt von nie für möglich gehaltenen Insolvenzen der größten Banken, schwere Erschütterungen der Währungen und eine allgemeine Unsicherheit und Vertrauenskrise getreten.

Jedes Mittel, das der Kapitalismus zur Bekämpfung der Krise versuchte, hat sich unter seiner Herrschaft in einen Fluch für die Arbeiterklasse verwandelt. Er hat sich, als unfähig erwiesen, die Wirtschaft zu organisieren und die von ihm angeeigneten

Güter so zu verwalten, wie sie der allgemeinen Wohlfahrt dienen.

### II.

Die Anarchie, die der kapitalistischen Wirtschaft innewohnt, kann nicht beseitigt werden, ohne das kapitalistische System selbst zu beseitigen. In weiten, auch nichtproletarischen Kreisen lebt angesichts des unerhörten Maßes von Elend die Ueberzeugung, daß an die Stelle des kapitalistischen Wirtschaftssystems eine planmäßige Gestaltung der Weltwirtschaft treten muß. Aufgabe der internationalen sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen ist es, diese Erkenntnis durch die klare Aufdeckung der Grundursachen der kapitalistischen Mißwirtschaft zu fördern, die Wege zu weisen für die Verwirklichung der sozialistischen Gemeinwirtschaft, um die gegenwärtige Krise auszunützen für den systematischen Kampf des Proletariats gegen die bürgerliche Klassenherrschaft.

Der Kampf der Arbeiterklasse für die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft muß im Interesse des Proletariats in der Gegenwart verbunden sein mit dem Kampf zur Ueberwindung der Krise und der Not der Krisenopfer.

Das Inkrafttreten der Washingtoner Konvention muß für die organisierte Arbeiterklasse einen Ansporn bilden, weitere Arbeitszeitverkürzungen zu erkämpfen. Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Arbeiterinternationale geforderte Einführung der Vierzigstundenwoche ist in hohem Maße geeignet, einen Teil der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern, um so den Gefahren entgegenzuwirken, die durch den dauernden Ausschluß eines Teils der Arbeiterklasse von jeder wirtschaftlichen Tätigkeit der Gesamtheit des Proletariats erwachsen.

Der Kongreß fordert mit Nachdruck die öffentliche demokratische Kontrolle der Wirtschaft, insbesondere der monopolistischen Zusammenschlüsse aller Art. Die Voraussetzung ihres vollen Erfolges ist die Uenderung des Eigentums an den Produktionsmitteln sowie der Wirtschaftsmethoden. Als wichtigen Schritt hierzu und zugleich als Ueberleitung zur sozialistischen Planwirtschaft betrachtet der Kongreß die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, die Errichtung staatlicher oder genossenschaftlicher Handelsmonopole, die im Interesse der Gemeinschaft verwaltet werden, und die Verstaatlichung des Bank- und Kredit-

wesens. Er fordert die sozialistischen Parteien auf, diese Forderungen in den Mittelpunkt des Kampfes gegen die Krise zu stellen, durch ihre Verwirklichung auf nationalem Gebiet die Bedingungen für die Durchführung einer internationalen öffentlichen Wirtschaftskontrolle zu schaffen und den Boden für die Verwirklichung des Sozialismus vorzubereiten.

### III.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Krise ist zugleich der Kampf für die Erringung der politischen Macht des Proletariats. Nur in dem Maße, wie das organisierte Proletariat eines jeden Landes im Klassenkampf seine Positionen festigt und ausbaut, wird es ihm gelingen, die Krisenfolgen, Not und Elend in der Welt zu mildern und mit der Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaft die Krisen selbst zu beseitigen. Nie zuvor war die Verflechtung von Politik und Wirtschaft so deutlich wie in der Gegenwart, nie zuvor die Anspannung aller Kräfte, die Einigkeit und Geschlossenheit des internationalen Proletariats so notwendig wie in diesem furchtbaren Augenblick.

Opfer der kapitalistischen Anarchie sind nicht nur die Industrie- und Landarbeiter; in ebenso grausamer Weise hat die kapitalistische Konzentration die Enteignung und Verarmung der mittelständischen Schichten in der Stadt und auf dem Lande herbeigeführt, den Intellektuellen und Jugendlichen ein Dasein ohne Zukunftshoffnung bereitet. Das Proletariat ruft diese neuen Opfer der kapitalistischen Wirtschaft zum geschlossenen Kampf gegen den gemeinsamen Gegner auf.

Der Sozialismus ist der höchste Ausdruck menschlicher Solidarität. Er appelliert an alle geistigen und sittlichen Kräfte, die sich aufbäumen gegen den Kapitalismus, gegen jenes Wirtschaftssystem, das ausschließlich vom Profitleben geleitet ist, das auf nicht zu rechtfertigenden Klassenvorrechten beruht und die überwältigende Mehrheit der Menschen an der Entfaltung der freien Persönlichkeit hindert.

Keine andere Macht der Welt wird der Arbeiterklasse bei ihrem ungeheuren Wert der Umgestaltung der Wirtschaft helfen, keine andere Macht der Welt wird imstande sein, dieses Wert zu vollbringen.

Die Arbeiterklasse muß alle Möglichkeiten des Klassenkampfes ausnützen, um unter dem Druck der unerhörten Wirtschaftskrise in internationaler Verbundenheit für die Abwehr aller Angriffe der sozialen Reaktion und für die Verwirklichung des Sozialismus und des wahren Völkfriedens zu wirken.

## Vor schweren Entscheidungen.

Wer als Funktionär unseres Verbandes nicht nur unsere Lohn- und Tariffbewegungen verfolgt, sondern sich auch mit internen Verwaltungsangelegenheiten befaßt und damit laufend die wirtschaftlichen Veränderungen bzw. die Arbeitsmarktlage gegenüberstellt, dürfte die im oben angeführten Artikel in Nr. 31 unserer Buchbinder-Zeitung recht klar und verständlich gebrachten Aufzeichnungen nicht als eine Ueberschätzung hingenommen haben. Er wird auch die zur Abänderung dieser mißlichen Lage gemachten Vorschläge als eine konsequente Notwendigkeit zur Erhaltung unserer Unterstützungseinrichtung und der Kampfmittel bzw. der Kampfkraft betrachten. Was mir nur unverständlich erscheint, ist die Hinausschiebung einer noch notwendigen Klärung bis in die gegenwärtige Zeit. An Anregungen zu einer Aussprache von Seiten einiger Beiratsmitglieder, die schon das Frühjahr 1930 als den geeigneten Zeitpunkt und die verschlechterten Verhältnisse unserer Finanzen als diskussionsreif zu erkennen glaubten, hat es sicherlich nicht gefehlt.

In einer Zeit, wo Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit noch nicht so kraß wie heute in Erscheinung trat wo an die vielen Verschlechterungen auf sozialpolitischem Gebiete noch nicht zu denken war, wo die Arbeiterchaft von einem Lohnabbau noch verschont blieb und der Abzug vom Bruttolohn an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen noch nicht in dieser Höhe abgeführt werden mußte, wäre es jedenfalls bedenklich leichter gewesen, in der Beitragsfrage Erhöhungen durchzuführen, ohne auf allzu großen Widerstand der Kollegenchaft zu stoßen.

Einige Jahrestellen haben Erhöhungen in Form eines Extrabeitrages durchgeführt und damit ein gutes Werk zur Unterstützung der Ausgesteuerten vollbracht.

Aber trotzdem darf nicht gezauert werden. Die Vorschläge des Verbandsvorstandes sind immerhin diskutabel. Sie fallen im Abbau der Leistungen nicht zu hart aus und in der Beitragshöhung wird das Solidaritätsoffer der vollarbeitenden Kollegenchaft noch nicht übertrieben beansprucht.

Wermißt werden Vorschläge für eine Regelung in der Invalideneinrichtung, die ja gegenwärtig in einem Quartal einen Zuschuß aus dem diesbezüglichen Fonds von 23 000 Mt. benötigt.

Wenn wir gewillt sind, uns diese Einrichtung zu erhalten — und wer wollte das nicht —, so wird man nicht allein gezwungen sein, die Unterstützungssätze zu kürzen, sondern auch für erweiterte Einnahmen zu sorgen. Dabei wäre zu erwägen, ob nicht den erwerbslosen Kollegen und Kolleginnen (für die eine Invalidenbeitragsanrechnung in Frage kommt, Gelegenheit zur Abführung eines mindestens 50prozentigen Beitragsanteils gegeben wird. Diese Einführung würde gewiß vom Standpunkt unserer erwerbslosen Kollegen als eine beachtliche Tat anerkannt, sie dürfte den Wert und das Anhänglichkeitsgefühl zur Organisation beträchtlich steigern.

Bei der angeführten Kürzung der Unterstützungssätze möchte ich folgenden Vorschlag machen: die Unterstützung beträgt nach Erfüllung der Karenz pro Monat 27,50 Mt., für je weitere 52 über die Karenz hinaus geleistete Beiträge erhöht sie sich um 1,50 Mt. bis zum Höchstbetrag von 50 Mt.

Für die 3. und 4. Beitragsklasse mit Invalidenbeiträgen beträgt die Unterstützung 15 Mt. und der Steigerungssatz 80 Pf. bis zum Höchstbetrag von 27 Mt. Dies könnte

natürlich nur eine vorläufige Regelung bis zum nächsten Verbandstag bedeuten, wo die Unterstützungsfrage nach dem Ergebnis der Zwischenzeit aufs neue geprüft werden müßte.

Vor Wegfall einer Unterstützungsart, wie es der Kollege Harnemann aus Luckenwalde mit der Krankenunterstützung will, möchte ich warnen. Solch tief einschneidende Maßnahmen halte ich bei gleichzeitiger Anforderung einer Beitragserhöhung für verfehlt und schädigend. Maßnahmen, wie sie eine bürgerliche Regierung durch Notverordnungen treffen muß, weil die wirtschaftlichen Machthaber dem Staat für seine Aufgaben die Mittel verweigern, soll und darf eine wirtschaftliche Organisation nicht nachahmen. Die noch in Arbeit stehende Kollegenchaft wird auch bereit sein, die Mittel aufzubringen, die der Verband zur Versorgung seiner unterstützungsberechtigten Mitglieder nach den statutarisch vorgeschriebenen Sätzen unbedingt braucht.

Dresden.

R. Jeun.

## Verlängerung des Reichslohntarifs für die Wellpappenindustrie.

Wie wir in der Nr. 34 vom 16. August mitteilten, war der Reichslohntarif zum 16. September 1931 vom Unternehmerverband gekündigt worden. In einem späteren Schreiben des Arbeitgeberverbandes an die am Vertrag beteiligten Gewerkschaften wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Kündigung deshalb erfolgt sei, weil ohne Kündigung die Vertragsdauer einer sechsmonatigen Verlängerung erfahren hätte. Die Unternehmer schlugen vor, die unveränderte Verlängerung in der gleichen Weise vorzunehmen, wie dies beim Api-Vertrag der Fall war. Diesem Vorschlag haben die am Vertrag beteiligten Gewerkschaften ihre Zustimmung gegeben und es gilt somit der Reichslohntarifvertrag bis zum 11. November 1931 als verlängert.

## Bundesausschuß-Sitzung des ADGB.

Am 10. August trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner 14. Sitzung zusammen, die vor allem der Vorbereitung des Gewerkschaftskongresses diente, der am 31. August in Frankfurt am Main seine Tagung beginnen wird.

In seinen einleitenden Ausführungen ging der Bundesvorsitzende Leipart von dem Ergebnis des preußischen Volksentscheids aus. Die rechtsradikalen Parteien, die zur Eroberung Preußens und damit Deutschlands in den Kampf gezogen seien, haben sich die erwartete und verdiente Niederlage geholt, deren Größe keine Schönfärberei in ihrer Presse verschleiern kann. Jetzt wird hoffentlich der hier und da aufgetretene Kleinmut überall verschwinden, denn das Ergebnis des Volksentscheids zeigt klar, daß der weitaus überwiegende Teil des Volkes sich zu der gegenwärtigen Staatsform bekennet. Die Entscheidung vom 9. August klärt die innerpolitische Situation und fordert entschiedenes Handeln. Die Gewerkschaften müssen erwarten, daß die verantwortlichen Stellen in Preußen wie im Reich jetzt endlich mit durchgreifender Energie die allgemein erwarteten Maßnahmen gegen die radikalen staats- und gesellschaftszerstörenden Elemente ergreifen. Die radikalen Parteien haben schon zu lange ihr freches Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes getrieben. Es ist höchste Zeit, daß diesem Unwesen mit Entschiedenheit Halt geboten wird.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß die deutsche Arbeiterchaft aus dem gestinnungslosen Verhalten der kommunistischen Partei die notwendige Lehre ziehen wird. Die große Masse der kommunistischen Anhänger ist am 9. August nicht zur

Wahlurne gegangen. Sie haben sich dem Parteibefehl nicht gefügt. Diese Haltung der denkenden kommunistischen Arbeiter zeigt bereits die Entwicklung, die sich in den Reihen der Arbeiterchaft anbahnt. Es ist jetzt eine der wichtigsten Aufgaben für alle Gewerkschaftler, ihre ganze Energie dafür einzusetzen, diese Entwicklung vorwärts zu treiben, den Arbeitern zu zeigen, wohin sie der blinde Radikalismus der kommunistischen Partei führt, um endlich die Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung zu erreichen und ihre Einheit wieder herzustellen.

Die Ausführungen Leiparts, oft vom lebhaften Beifall der Verbandsvorleiter unterbrochen, fanden die einmütige Zustimmung des Bundesausschusses.

Dann erstattete Leipart den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er schilderte die zur Behebung und Milderung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage erhobenen Forderungen und eingeleiteten Schritte. Insbesondere protestierte er dagegen, daß die Reichsregierung vor den wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen, die sie in den letzten Wochen zu treffen hatte, die Gewerkschaften nicht zu Rate gezogen habe, während die Unternehmer und ihre Organisationen ständig in Fühlung mit dem Kabinett gestanden hätten. Es liege in der Linie dieser einseitigen politischen Stellungnahme, daß die Reichsregierung zwar das Geld für die Sanierung der Großbanken hergebe, aber keineswegs dafür gesorgt habe, dem Reich entsprechenden Einfluß zu sichern. Schon jetzt zeige sich, daß da und dort nicht in zureichendem Maße für die Sicherheit der Lohnzahlungen gesorgt worden ist. Die Gewerkschaften halten sich durch besondere Erhebungen hierüber auf dem laufenden und werden weiter mit größter Entschiedenheit dafür sorgen, daß die Existenzsicherheit der heute noch arbeitenden werktätigen Bevölkerung nicht gefährdet wird.

Im besonderen ging Leipart dann auf die vom Bundesvorstand eingemommene Haltung in der Frage der Lehrlingsordnung ein. Bei ihrem Abschluß ist dringend zu beachten, daß durch die in ihnen enthaltenen Regelungen die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Lehrlingsfragen gewahrt bleibt.

Anschließend berichtete der Vorsitzende des Sachausschusses für die Gewerkschaftspresse, Scheyfer, über die Entwicklung der Gewerkschaftspresse, über ihre Ausgestaltung zu Familienblättern, die nicht nur von den Mitgliedern, sondern auch von ihren Angehörigen mit Interesse gelesen werden, sowie über Neuerungen in der äußeren Aufmachung und im Versand der Blätter. Die Gewerkschaftspresse erreicht einen so weiten Leserkreis, wie kein anderer Zweig der deutschen Presse. Trotzdem wird sie heute noch keineswegs in ihrer Bedeutung gewürdigt, insbesondere wird sie noch von manchen behördlichen Stellen bei Besprechungen und bei der Erteilung von Informationen entweder ausgeschaltet oder ungenügend berücksichtigt. Der Sachausschuß wird nach wie vor bemüht sein, diese mangelnde Berücksichtigung zu beheben.

Der Bundesausschuß beschäftigte sich weiterhin mit der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes. Infolge der Bedeutungslosigkeit dieser Annahme wurde von einer besonderen Beschlußfassung Abstand genommen. Der Entwicklung der Dinge wird aber besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, um zu verhüten, daß sich durch den freiwilligen Arbeitsdienst schädliche Wirkungen für die Lage der Arbeiterchaft ergeben.

Zum Gewerkschaftskongress teilt Leipart mit, daß der Bundesvorstand beschlossen hat, den Kongress zu einer reinen Arbeitstagung zu gestalten und alle Veranstaltungen festlicher Art, wie sie sonst Kongresse zu begleiten pflegen, zu unterlassen. Der Ernst der Zeit erfordere es, dem Gewerkschaftskongress dieses Gepräge zu geben. An einem Tage wird der Kongress eine öffentliche Tagung in Mainz abhalten.

Die zum Kongress geladenen Referenten haben dem Bundesvorstand Entwürfe für Entschlüsse zu den verschiedenen Punkten der Tagesordnung unterbreitet. Die Entwürfe liegen dem Bundesausschuß vor. Mit ihrer weiteren Bearbeitung in Gemeinschaft mit den Referenten wird der Bundesvorstand beauftragt. Die Verbände werden Vorschläge zur Abänderung der Entwürfe schriftlich einreichen.

## Die Internationale der Frauen.

Vor dem Kongress der Sozialistischen Arbeiter-internationale, der in der letzten Julwoche in Wien stattfand, der Stadt, die die größten sozialistischen Errungenschaften aufzuweisen hat, tagte die vierte Sozialistische Internationale Frauentagung. An ihr nahmen etwa 300 Frauen, Delegierte von 27 Ländern, teil. Die Internationale Frauentagung konnte im Namen von 1282 588 sozialistisch organisierten Frauen sprechen. 1925 zählte man in den Reihen der Internationale erst 739 571 Frauen.

Die Tagesordnung der in eine problematische Zeit fallenden Internationalen Frauentagung lautete:

1. Die Wirkung der politischen Reaktion auf die Freiheit der Frau.
2. Die Frau in der Wirtschaft.
3. Die Fortschritte der sozialistischen Frauenbewegung seit der Brüsseler Konferenz 1928.

Das erste Referat „Die Wirkungen der politischen Reaktion auf die Freiheit der Frau“ wurde von der deutschen Genossin Toni Sender, M. d. R., gehalten. Ihre Ausführungen gehören mit zu den besten der Konferenz. Sie sprach auch über ein Thema, das besonders für unsere gegenwärtige Zeit äußerst aktuell war. Ihre interessanten Ausführungen klangen dahin aus, daß sich die Frauen aller Länder gegen den Faschismus wehren müssen.

Zum Referat Toni Senders wurde eine entsprechende Entschließung angenommen, die wie folgt schließt:

„In Ablehnung der Tendenz des Faschismus, der die Menschheit einem neuen Völkermord entgegenreibt, ruft die Sozialdemokratie die Frauen als Spenderinnen und Hüterinnen neuen Lebens auf, sich in die Front des kämpfenden Proletariats gegen Faschismus und Kriegsbegehe einzureihen.“

Zu dem Thema „Die Frau in der Wirtschaft“ wurden vier Referate gehalten. Ueber „Die Frau in der Industrie und im Handel“ sprach Fanni Matkery (Tschchoslowakei). Elisabeth Biblius (Holland) referierte über „Die Frau in der Landwirtschaft“ und Jenny S. Adamson (England) sprach über „Die Hausgehilfin“.

In diesen Darlegungen wurde jeweils die besondere Stellung der Frau in dem betreffenden Wirtschaftszweig aufgezeigt. Die Ausführungen mündeten alle in die Aufforderung an die Frauen, um bessere Zustände in der Welt zu kämpfen. Entsprechende Resolutionen wurden zu den einzelnen Referaten angenommen.

In dem Schlußteil der Entschließung zum Referat „Die Frau in Industrie und Handel“ werden die Mindestforderungen für die nächste Zeit aufgestellt.

Es heißt dort: „Darum erhebt die Internationale Frauentagung die folgenden Mindestforderungen: Zulassung der Frauen zu allen Berufen und zu allen Verwendungen innerhalb der Berufe, soweit ihre physiologische Eigenart dem nicht entgegensteht.“

Unterstützung der Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit.

Verwirklichung des Grundsatzes: Gleicher Lohn für gleiche Leistung.

Vollkommene Gleichstellung der Frauen in der Arbeitslosenversicherung.

Ausbau des Mutterschutzes, der Kinderfürsorge und der Witwen- und Waisenversorgung.

Ausbau des Arbeiterinnenschutzes und Mitwirkung der Frauen in allen Zweigen der sozialen Verwaltung.

Schaffung geeigneter Wohnungen, Erleichterungen der Hauswirtschaft und Unterbringungs-

möglichkeiten für die Kinder berufstätiger Frauen.

Veranstaltungen von Untersuchungen über die Einwirkungen der Berufsarbeit auf die arbeitenden Frauen unter Mitwirkung der Vertreterinnen der arbeitenden Frauen.

Nur starke, vom sozialistischen Geist erfüllte, von der Mitarbeit der Frau getragene politische und gewerkschaftliche Organisationen können die Erfüllung dieser nächsten Forderungen, können die Verwirklichung des Sozialismus erkämpfen. Die Internationale Sozialistische Frauentagung richtet daher an alle arbeitenden Frauen den Ruf, gemeinsam mit den Männern in den Organisationen der sozialistischen Partei und der freien Gewerkschaften diesen Kampf zu führen.“

In den anderen Entschließungen wurden entsprechende Forderungen für die Landarbeiterinnen und Hausgehilfinnen vertreten.

Auch die Erwerbsarbeit der verheirateten Frau wurde besprochen. In den hierzu gemachten Ausführungen und der angenehmen Entschließung wird mit aller Deutlichkeit gesagt, daß der Kampf gegen die Erwerbsarbeit der verheirateten Frau ungerecht, unmenschlich und ungewürdig ist.

Mit der Beratung über den Stand und der Bedeutung der Organisationsarbeit wurde die Frauentagung zu Ende geführt, auf der wieder mit aller Deutlichkeit für die Befreiung der Frau aus dem kapitalistischen Joch eingetreten worden ist.

Diese Befreiung wird um so schneller vollzogen werden können, je mehr Frauen den Weg zur Gewerkschaft und zur sozialistischen Organisation finden. Für die bereits in der Bewegung tätigen Frauen heißt es daher, die von ihnen getätigte Werbearbeit unter den Frauen aufs neue fortzusetzen, damit endlich der Sieg unser wird. Demotritus.

## Reportertipps.

Das Bemühen der Presse, sich den schnellen Nachrichtenendienst zu sichern, läßt die Reporter zuweilen die seilhaftesten Mittel anwenden, um die Konkurrenz zu schlagen. In England nennt man so eine besondere journalistische Lat einen „scoop“.

Wollte da einmal ein Blatt sich den alleinigen Bericht über eine wichtige Veranstaltung verschaffen und brachte das auf folgende Weise zuwege. Das Blatt und sein Konkurrenzorgan pflegten ihre Berichte durch Taubenpost zu erhalten. Die Berichte werden auf ganz dünnes Papier geschrieben, zusammengerollt und an die Beine von Brieftauben befestigt, die, sobald man sie frei macht, nach ihrem Schlag bei der Redaktion zurückfliegen. In unserem Fall waren die Boten mit den Tauben vorzeitig auf dem Sportplatz angekommen, hatten ihre Körbe mit den Vögeln in die Reporterloge gesetzt und sich nach Hause gegeben. Nicht lange darauf erscheint als erster auf dem Schauplatz der Berichterstatter des Blattes, das auf den „scoop“ bedacht war. Gelassen nimmt er sämtliche Tauben aus dem Korbe seines Rivalen, bindet an ihre Beinchen Zettel mit der verbüßend einfachen Mitteilung „Veranstaltung verschoben“ und läßt die Vögel fliegen. Dann setzt er seine Tauben in den geleerten Korb und begibt sich seelenruhig nach Hause. Bald darauf langt sein Nebenbuhler an, der Berichterstatter des anderen Blattes, nicht wenig erfreut, zu sehen, daß aus unbekanntem Grunde der andere Reporter nicht erschienen ist. Nun macht er sich mit doppeltem Fleiße an die Arbeit. Er verfaßt einen ganz vortrefflichen, besonders ausführlichen Bericht, bindet ihn den Tauben auf und läßt sie los. Die natürlich fliegen nach der Redaktion des trügerischen Reporters, und dessen Zeitung bringt denn auch am nächsten Morgen den Bericht, während das Blatt des fleißigen Mannes ganz ernsthaft nur die latonische Nachricht enthält, es habe keine Veranstaltung stattgefunden.

## Stimmen

### aus unserem Kollegenkreis:

Heranbildung geeigneter Fachleute für Druckerei-Buchbindereien.

Der unter diesem Titel im Kölnischen Buchdrucker-Anzeiger erschienene Artikel bringt klar zum Ausdruck, daß zur Arbeitsleistung und zur Berufsausübung in Druckerei-Buchbindereien nicht jeder Buchbinder herangezogen werden kann. Ein Buchbinder, der den Arbeitsprozeß in einer Buchdrucker-Buchbinderei nicht kennt, wird versagen, selbst wenn er in einer Groß- oder Kleinbuchbinderei eine berährte Kraft ist. Können diese Kräfte, die nun einmal gebraucht werden, so ohne weiteres herangebildet werden? Diese Frage kann man nur mit einer gewissen Reserve beantworten, und zwar muß folgendes auseinandergehalten werden: Der herangebildete Buchdrucker-Buchbinder ist wohl nach beendeter Lehrzeit „herangebildet“, weil der Lehrherr eben alles getan hat, was notwendig ist, um einen Buchbinder aus dem Lehrling zu machen. Ob nun aber der ausgelernte Buchbinder tatsächlich ein Buchdrucker-Buchbinder ist, kann nur die nächste Zeit lehren.

Es ist dem Ausgelernten Gelegenheit zu geben, voll und ganz selbständig zu arbeiten, und sind Beobachtungen zu machen, wie der Betreffende einschlägt. Die Beobachtungen dürfen allerdings nicht im Rahmen des Arbeitstempos liegen, vielmehr in der Arbeitsausführung. In kurzer Zeit kann sich der Arbeitgeber überzeugen, ob der Ausgelernte als Spezialarbeiter überhaupt in Frage kommt, ob er sich Fähigkeiten angeeignet hat und ob der Betrieb zur Ausbildung von Lehrlingen geeignet ist. Ist ein Weiterarbeiten der Ausgelernten im selben Betriebe auf Grund der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht möglich, so wird sich der Ausgebildete nach einer neuen Stelle umtun. Er wird sie, abgesehen von der Krise, schlecht erhalten, da man einem Neuling zunächst wenig Vertrauen schenkt. Hat er aber Glück und bewährt sich, wird ihm seine Laufbahn vorgeschrieben sein. Es kommt aber auch darauf an, was von dem Ausgelernten verlangt wird, und das ist in vielen Fällen der Knüppel, über den er fällt.

Die Frage „Wie kann der Lehrling sich nun in der Buchdrucker betätigen, um sich von dort die notwendigen Kenntnisse zu holen?“ hängt mit einem Stück Wißbegierde zusammen, alles selbstverständlich muß es dem Lehrling erscheinen, alles kennenzulernen. Und wo das Interesse fehlt, muß der Auszubildende darauf aufmerksam machen. Den Lehrling ohne weiteres zum Buchdrucker-Buchbinder stempeln, ist, wenn von ihm kein Interesse gezeigt wird, nutzlos. Es gehört eben eine individuelle Note dazu, um Buchdrucker-Buchbinder zu sein.

Nun die andere angeführte Frage im bezüglichen Artikel. Wird ein Ausgelernter nachdem noch als Volontär in die Buchdrucker gehen wollen? Ja und nein. Ja deswegen, weil er es sich leisten kann. Nein darum, weil er in den Lehrjahren nichts verdient hat und seine Eltern auf den Augenblick warten, daß er endlich etwas verdient und weil er selbst auf den Augenblick gewartet hat, Gehilfe zu werden. Es ist notwendig, in dieser Zeit darauf hinzuweisen, daß auch die Volontäre viel zur Arbeitslosenziffer beitragen. Es wirft immer ein besonderes Licht auf den Buchbinder, der in einer kleineren Druckerei an der Druckmaschine steht und die Anlegerin erseht; er weiß selbst nicht, ob er, wenn er auch noch zurecht muß, Buchbinder oder Buchdrucker oder „Buchbinder-Schweizerdegen“ ist.

Sehen wir uns einen Buchdrucker an, in ganz seltenen Fällen wird er sich herbeilassen Buchbinderarbeiten zu machen, er hat darin einen gewissen Berufstolz. So sollte es bei den Buchdrucker-Buchbindern auch sein. Sie sollen ihre Arbeit verstehen, sie sollen mit dem Maschinenmeister (und auch umgekehrt) Hand in Hand arbeiten. Sie sollen aber keinen Arbeitslosen in den Rücken fallen. Man gebe dem Lehrling, der in der Lehre Interesse dafür zeigt, Gelegenheit, sich theoretische Kenntnisse aus der Buchdrucker anzueignen, man versuche eine Neueinstellung mit einem Ausgelernten. Aber man halte die Begriffe Buchdrucker-Buchbinder und Buchdrucker auseinander. Wer Interesse am beruflichen Nachwuchs hat, darf alle Gelegenheiten benutzen, denken zu fördern, nur müssen sie im Rahmen des Brautwortlichen liegen. Gr.

## Von der Arbeitsdienstpflicht zum freiwilligen Arbeitsdienst.

I.

Wer die Arbeitsbeschaffungsdiskussion verfolgt, weiß, welche Rolle dabei die Frage der Arbeitsdienstpflicht gespielt hat. Sie ist augenblicklich etwas zurückgetreten. Eine neue, nicht minder gefährliche Parole ist ausgegeben: die Parole des freiwilligen Arbeitsdienstes. Es scheint notwendig, diese Entwicklung von der Arbeitsdienstpflicht zum freiwilligen Arbeitsdienst kurz darzustellen und kritisch dazu Stellung zu nehmen.

### 1. Arbeitsdienstpflicht.

Die Ideologie der Arbeitsdienstpflicht ist erst in der Nachkriegszeit entstanden. Sie verdankt etwas Negativem ihr Dasein: dem Fortfall der Militärdienstpflicht. Es entwickelte sich allmählich der Gedanke, an Stelle der abgeschafften Militärdienstpflicht eine Ersatzinstitution zu schaffen. Diese Institution glaubte man in der Arbeitsdienstpflicht gefunden zu haben.

Zuerst waren es vor allem die Kreise der Jugendbewegung, die sich dieses Gedankens annahm. Bald bemächtigten sich „nationale“ Kreise dieses Gedankens und verlangten im Laufe der Jahre immer hartnäckiger seine Durchführung seitens der Regierung. Aus der mehr oder minder idealen Angelegenheit der Jugendbewegung wurde somit plötzlich eine hochpolitische. Denn den nationalen Organisationen und Wehrverbänden war es in erster Linie um eine Institution zu tun, die in Umgehung der Friedensvertragsbestimmungen einen möglichst weitgehenden Ersatz für die Wehrpflicht darstellen und den „Wehrwillen“ des Volkes wacherhalten sollte.

Das ist einer der Gründe, weshalb sich die sozialistische Arbeiterklasse scharf gegen diese Arbeitsdienstpflicht aussprechen mußte. Man hat ihr immer wieder vorgehalten, gerade dem Sozialisten müßte doch der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht grundsätzlich sympathisch sein. Dazu ist zu sagen: Für die Arbeiterklasse entscheidend ist heute, daß die Einführung der Arbeitsdienstpflicht in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine Institution schafft, deren Tätigkeit sich nur zu leicht gegen die organisierte Arbeiterklasse zu richten vermag. Aus dem angeblich sozialistischen Arbeitsdienst würde heute zu leicht ein antisozialistisches, politisches und wirtschaftliches Kampfmittel werden! Ein Kampfmittel des Nationalismus und ein Mittel des auf Lohnarbeit bedachten Unternehmertums. Außerdem sprechen rein wirtschaftliche Überlegungen gegen die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht, haben wir doch gar nicht die finanziellen Mittel, ein derartiges Experiment durchzuführen, das die teuerste Art der Arbeitslosenhilfe darstellt. Wenn dennoch die Propagierung der Arbeitsdienstpflicht gerade in der Zeit großer Arbeitslosigkeit zunahm und sich verstärkte, je größer die Zahl der Arbeitslosen wurde, so enthüllt diese Tatsache nur zu leicht die Hintergründe, die damit politisch verfolgt wurden und die sich in den einen Satz zusammenfassen lassen: Unterminierung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung!

Die Regierung Brüning steht diesen Bestrebungen recht freundlich gegenüber. Wenn sie die Arbeitsdienstpflicht vorläufig fallen ließ, so ist das — außer mit Rücksicht auf das finanzielle Risiko — nur geschehen, weil man mit einer neuen Parole aufwarten kann. Sie heißt: freiwilliger Arbeitsdienst.

### 2. Der freiwillige Arbeitsdienst.

Die ideologische Begründung ist hier eine ganz ähnliche, wie bei der Arbeitsdienstpflicht. Das lehrt, vorsichtig zu sein. Praktisch ist der „freiwillige Arbeitsdienst“ so gedacht, daß „Kolonien“, „Arbeitslager“ eingerichtet werden sollen, deren Aufgabe es ist, bestimmte gemeinnützige, z. B. landwirtschaftliche Arbeiten, insbesondere Bodenverbesserungsarbeiten, Herrichtung von Siedlungs- und Kleingartenland, örtliche Verkehrsverbesserungen und Arbeiten, die der Volksgesundheit dienen, durchzuführen. Die Teilnahme daran ist grundsätzlich frei. Nach der herrschenden Meinung der Propagandisten des freiwilligen Arbeitsdienstes sollen die Teilnehmer zu ungefähr gleichen Teilen aus arbeitslosen Arbeitern und Angehörigen, Studenten und Jungbauern bestehen. Auf diese Weise hofft man zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Binderung der Arbeitslosigkeit (angeblich) einerseits, Volksgemeinschafts- und Führerauswahlideologie andererseits — ganz wie bei der Arbeitsdienstpflicht.

(Schluß folgt.)

## Von Postpateten und Packpapieren.

„Patetlazzarett“ heißen die postdienstlichen Ausbesserungsanstalten, bei denen beschädigte Patete wieder hergestellt werden. Von der Fülle der hier behandelten „Fälle“ machen sich die Aufsteiger von Postpateten kaum einen Begriff. Wenn auch von den 300 Millionen Pateten, die unsere Post im Jahre befördert, der weitaus größte Teil an seiner Außenhaut gesund bleibt, dann kosten doch die infolge mangelhafter Verpackung eintretenden „Krankheitsfälle“ dem Publikum und der Post ganz erhebliche Aufwendungen an Zeit, Geld und Arbeitskraft. Den Hauptanteil dieser Fälle (60 Proz.) stellen Patete, die in Packpapier zum Versand kommen, während sich die restlichen 40 Proz. auf die Gesamtheit aller übrigen Packmittel, wie Holz, Pappe, Blech usw., verteilen. Unzweckmäßiges Einpacken führt hier zu unproduktiven Aufwendungen, Verzögerungen, Plakereien, die durchaus vermieden werden können.

Nun würden die Versender von Postpateten sich schon selbst einen Dienst erweisen, wenn sie mit dem alten Brauch brechen würden, zum Einpacken ungeeignete Packmittel — nur weil sie gerade zur Hand sind — zu verwenden. Aber damit allein ist dem Uebelstand noch nicht abgeholfen, wie die auf Anregung der Reichspost durch den Reichsausschuß für Lieferbedingungen beim Reichskuratorium für



Wirtschaftlichkeit aufgenommenen Arbeiten gezeigt haben. Diese Arbeiten bezwachten, unter Beteiligung der Papierhersteller, des Handels und der Papierverbraucher sowie unter Mitwirkung fachwissenschaftlicher Stellen Mindestgütebestimmungen für Postpackpapier zu schaffen.

Da die materialtechnischen Grundlagen für ausreichende, wirtschaftlich verwendbare Packpapiere bisher im wesentlichen unbekannt waren, wurde ein planmäßiger Versuch von Versuchspateten durchgeführt, nachdem vorher eine technische Bewertung der verwendeten Packpapiere erfolgt war. Es war zunächst gar nicht einfach, den Zustand der Patete nach Durchführung des Versuches in eine planmäßige Abhängigkeit von den vorbezeichneten Prüfwerten zu bringen. Erst die Ordnung der Papiere nach dem Wertdruck zeigte eine gewisse, den Versuchsergebnissen entsprechende Regelmäßigkeit. Daneben mußte das Papiergewicht berücksichtigt werden. Die Ergebnisse der Versuche konnten als Richtlinien in einer soeben erschienenen *AW-Veröffentlichung* „Postpackpapier, Richtlinien für den Einkauf“ niedergelegt werden. Sie enthalten Richtwerte für die Auswahl von zweckmäßigen Packpapieren, deren Befolgung jedermann die Gewähr für wirtschaftliches Verpacken von Postpateten bietet. Die Post selbst sowie die anderen Behörden beschaffen bereits unter Berücksichtigung der Richtlinien ein als „Postpad“ gekennzeichnetes Packpapier, das auch im freien Handel erhältlich ist.

## Auch ein Trinkspruch.

△ Bei einer Festlichkeit der Buchbinder in N. wurde vor Jahren der folgende Trinkspruch auf die Frauen ausgebracht:

„Die Frauen sollen leben, sie sind das schönste Werk der Schöpfung, und da die Aufgabe eine bedeutende ist, so versäume niemand, sich ein Exemplar davon anzuschaffen!“

„Der Mann hat gut reden“, sagte einer der Gäste zu seinem Nachbar, „die drohierten Exemplare sind unansehnlich und die in Prachtband und Goldschnitt kommen sehr teuer zu stehen.“

## INTERNATIONALES

Norwegen.

Unsere norwegischen Kollegen stehen bereits seit vielen Wochen in einem harten Abwehrkampf gegen das Ansinnen der Unternehmer, ihre Löhne zu reduzieren. Bis jetzt ist noch immer kein Ende des Kampfes abzusehen. Nun versuchen es die Unternehmer, Streikbrecher heranzuziehen und Streikarbeit in anderen Ländern, u. a. in Berlin, anfertigen zu lassen. So insbesondere Kalender in der Größe von 28 x 40 cm mit Silberbronzeuntergrund, Rahmen und Schrift in Hochrelief mit Aluminiumfolie.

Wir ersuchen daher unsere Kollegen, darauf zu achten, daß diese Streikarbeit gegebenenfalls zurückgewiesen wird.

Des weiteren ersuchen wir unsere Kollegenschaft dringend, bei etwaigen Arbeitsangeboten nach Norwegen sich zunächst nähere Informationen bei dem norwegischen Buchbinderverband in Oslo einzuholen.

## Berichte.

**Königsberg i. Pr.** Die Ortsverwaltung hatte am 8. August die Kollegenschaft zu einer Feier eingeladen, galt es doch, das 25jährige Jubiläum unseres Kollegen Paul Fleischer festlich zu begehen. Kollege Kohnert würdigte in einer längeren Rede dessen Treue gegenüber dem Verbande und wies darauf hin, daß der Jubilar einer der wenigen sei, die das Jubiläum noch im besten Alter und in geistiger und körperlicher Frische begehen dürfen. Früh schon hat er die Notwendigkeit und den Vorteil, Mitglied unserer Organisation zu sein, erkannt. Als äußeres Zeichen der Anerkennung seitens der Kolleginnen und Kollegen wurde ihm ein vom Kollegen Hauptmann gemaltes Selbstbild überreicht. Kollege Hauptmann gratulierte dann namens der Buchbinder-Kranke- und Begräbnisliste, welcher Kollege Fleischer seit dem Bestehen der hiesigen Zählstelle angehört.

Kollege Fleischer dankte mit bewegten Worten und appellierte an alle Kolleginnen und Kollegen, fest zum Verband zu stehen, nur dieser biete die beste Stütze und schütze jeden vor Not und Sorgen.

Gemeinsam gelungene Lieber und der nötige Stoff schufen bald fröhliche Feststimmung und Lang beschloß die schön gelungene Veranstaltung.

## Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

**Einstellung von Lokalunterstützung.** Die Zählstellen Neustadt a. d. Haardt und Freiberg i. Sa. sind infolge der außerordentlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht mehr in der Lage, den durchreisenden Mitgliedern eine lokale Unterstützung gewähren zu können. Wir bitten die durchreisenden Mitglieder, hiervon Kenntnis nehmen zu wollen.

### Abrechnungen.

Vom 2. Quartal 1931 gingen weiter bis zum 18. August bei der Verbandskasse ein: von Stettin — Mr., Minden i. B. — Mr., Osnabrück 50,— Mr., Gau Rheinland-Westfalen 1550,— Mr., Gießen-Wehlar 327,81 Mr., Burgstädt 152,15 Mr.

## Inhaltsverzeichnis.

Die sozialistische Internationale zur Wirtschaftskrise. Vor schweren Entscheidungen.

Verlängerung des Reichslohntarifs für die Wappsteinindustrie.

Bundesausschuß-Sitzung des ADGB.

Die Internationale der Frauen.

Reporterkaffe.

Stimmen aus unserem Kollegenkreis: Heranbildung geeigneter Fachleute für Druckerei-Buchbindereien. Von der Arbeitsdienstpflicht zum freiwilligen Arbeitsdienst. I.

Von Postpateten und Packpapieren.

Internationales: Norwegen.

Berichte: Königsberg i. Pr.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Einstellung von Lokalunterstützung der Zählstellen Neustadt a. d. Haardt und Freiberg i. Sa. — Abrechnungen.